

Medienkonferenz der Mietervereinigung
«Mietverteuerung Nein – gegen die Änderung
des Planungs- und Baugesetzes (PBG)»,
Abstimmung vom 28. September 2014

Mietverteuerung?



www.mietverteuerung-nein.ch

Medienmitteilung zur Medienkonferenz der Mietervereinigung vom 25.8.2014

Die PBG-Änderung schadet den Mieterinnen und Mietern!

Weniger und teurere Wohnungen – das sind die Folgen der Änderung des Planungs- und Baugesetzes, über die im Kanton Zürich am kommenden 28. September abgestimmt wird. Dagegen wehrt sich die Mietervereinigung „Mietverteuerung Nein“.

Mit der PBG-Änderung kann zukünftigen Investoren bei Um- und Aufzonen vorgeschrieben werden, welche Art von Wohnungen sie auf ihrem Bauland zu bauen haben und zu welchem Preis sie diese vermieten dürfen!

Tatsache ist: Bauinvestoren werden abgeschreckt, Wohnungen zu bauen, weil sie keine Rendite mehr erzielen werden. Oder sie werden die Miete nicht betroffener Wohnungen so erhöhen, um dennoch die angestrebte Rendite zu erzielen. Beides führt zu weniger Wohnungen und/oder höheren Mieten, die alle Mieter betreffen. Zudem entsteht so eine „Zweiklassen-Mietergesellschaft“, erklärte Anita Borer, Kantonsrätin und Mieterin in Uster.

Am Beispiel „Genf“ erklärte Severin Pflüger, Gemeinderat, Familienvater und Mieter in der Stadt Zürich, wohin staatliche Belegungsvorschriften, wie sie in der PBG-Änderung vorgesehen sind, führen: Der Wohnungsmarkt kommt zum Erliegen. Es wird weder gebaut noch renoviert, da die staatlichen Vorschriften jeden privaten Investor abschrecken. Leidtragende: Die Mieterinnen und Mieter.

Dass günstiges Wohnen auch ohne staatliche Eingriffe, Vorschriften und Subventionen möglich ist, zeigte Samuel Balsiger, Gemeinderat und Mieter in der Stadt Zürich, anhand von verschiedenen Studien und konkreten Mietvergleichen auf. „Der Staat“, so Balsiger, „muss sich aus dem Wohnungsmarkt heraushalten, da jeder staatliche Eingriff zu Missbrauch und Marktverzerrungen führt.“

Darum empfiehlt die Mietervereinigung allen Mieterinnen und Mietern am 28. September NEIN zur PBG-Änderung zu stimmen.